

Kommuniqué der kommunistischen Reichstagsfraktion

Durch den erfolglosen Vorstoß der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde der Plan der Reichsregierung, ihre Notverordnung von der Tribüne des Reichstages aus zu verurteilen, ebenso wie der parlamentarische Kuhhandel und Koalitionschancen zwischen Zentrum und Nazis gescheitert. Der Papenregierung und ihrer Notverordnung wurde durch die kommunistische Offensive eine Niederlage bereitet.

Die kommunistische Reichstagsfraktion erklärt in dem Verlauf der Papenregierung, eine Abstimmung über ihre Notverordnung durch Auflösung des Reichstages zu veranlassen, eine Fortsetzung der parlamentarischen Staatsoffensive vom 20. Juli in Form eines weiteren Schritts zur Verwirklichung der parlamentarischen Diktatur.

Die kommunistische Partei wendet außerparlamentarisch wie im Parlament alle Mittel an um der parlamentarischen Diktaturregierung die Durchföhrung ihrer Pläne zu erschweren. Entgegen der Papenschen Auffassung hat sie

bereits für Dienstag den Zusammentritt des Reichstages-Konstituenten und des Reichstages gefordert,

wo sie einen Antrag auf Aufhebung der Papen-Notverordnung, die Anträge gegen den Unterstützungsabbau, die Aufhebung der Sondergerichte und des Verbots der roten Fahne einbringen wird.

Die Kommunisten wenden sich an die deutsche Arbeiterklasse und alle Werktätigen, durch den ganzen Einfluß ihrer außerparlamentarischen Kraft die parlamentarische Staatsoffensive und die weiteren Pläne der Reaktion zu Fall zu bringen und den Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik zu führen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion brandmarkt schärfstens das Verhalten der Nationalsozialisten. Bereits in der der Reichstagsfraktion vorausgegangenen Sitzung im Reichstags-Konstituenten zeigte die Fraktion dieser Partei Entgegen und Bekämpfung über die Möglichkeit der Auflösung des Reichstages, als der Sprecher der KPD die Einbringung der kommunistischen Anträge ankündigte.

Während der nationalsozialistische Reichstagspräsident Goering am Schluß der Reichstagsfraktion die Einberufung einer Tagung ankündigte, kündigten die Nationalsozialisten bereits in der nachfolgenden Reichstagsfraktionssitzung der Parteien den Standpunkt und erklärten sich praktisch für die Maßnahmen der Papenregierung.

Mit ihrer Hilfe wurde das Papenabkminett in den Sattel gehoben, mit ihrer Hilfe führte es seine weiteren Diktaturmaßnahmen durch. Die kommunistische Fraktion sagte die seit Wochen mit dem Zentrum um Reichsminister Schulerberg Partei Hitler und Goebbels — entgegen der nationalsozialistischen Demagogie — als Agenten der sozialistischen Machthaber.

Das Verhalten der Nationalsozialisten findet seine Ergänzung durch das Verhalten der Sozialdemokratie. Beide Parteien haben sich offen für die Staatsaktion der Papenregierung ausgesprochen, indem sie durch ihr Einverständnis mit der Reichstagsauflösung die Pläne und Maßnahmen des Papenabkminetts unterstützen.

Das von der SPD inzwischen eingebrachte Volksbegehren gegen den zweiten Teil (I) der Papennotverordnung „Zur Aufhebung der Wirtschaft“ ist inhaltlich belanglos und bedeutet praktisch die Anerkennung jenes Teiles der Notverordnung der den Reichstagspräsidenten zuzurück.

Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die eine Neuwahl, die Antwort der Werktätigen auf ihre Politik in einem kommenden Wahlkampf nicht zu verweigern braucht. Sie wird einen Wahlkampf benutzen zur gesteigerten Entfaltung der außerparlamentarischen Massenkraft in der nationalsozialistischen Aktion. Im Kampf gegen die vom Reichstag abgelehnte Notverordnung — wie sie im Parlament Regierung und Notverordnung zu Fall gebracht hat — ist sie überzeugt, daß die Kraft des Proletariats unter ihrer Führung mächtig genug sein wird, auch außerhalb des Parlaments die sozialistischen Hunger- und Terrormaßnahmen der Bourgeoisie zu durchbrechen.

Die Antwort der deutschen Arbeiterklasse auf den gestrigen 12. September und auf den geplanten Konsumstreik muß und wird anders ausfallen als bei der parlamentarischen Staatsoffensive am 20. Juli.

Neuwahl soll verhindert werden

Berlin, 12. Sept. (Sig. Drahtb.)

In einem Brief Papens an den Reichstagspräsidenten erwidert der Komplex laut II, daß die Regierung plane, falls der Reichstag noch parlamentarisch verfahren sollte, einen solchen Zusammentritt unzulässig zu machen!

Der Reichsinnenminister von Goelz gab gestern Pressevertretern eine Erklärung ab, wonach die Regierung die Reichstags-

auflösung als gültig, entgegen aber die Zustimmung auf Aufhebung der Notverordnung und auch des Nichtvertrauens gegen die Reichsregierung als ungültig ansieht. Auf Befragen erklärte von Goelz weiter: Die Reichsregierung habe durchaus die Absicht die verfassungsmäßigen Vorschriften innezuhalten. Wenn eine Wahl erfolge, dann werde sie unter den geltenden verfassungsmäßigen Umständen durchgeführt werden. Ich muß allerdings die Einschränkung machen, daß Wahlen nur dann möglich sind, wenn in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht."

Go stieß die kommunistische Fraktion vor!

Zorglers Kampfrede

Raum hatte Nazi-Goering die üblichen Eingangsformalitäten erledigt, da ergriff Genosse Ernst Zorgler im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion das Wort zu folgender Entgegen-

antwortung: Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“. Diese Tagesordnung ist vor etwa 14 Tagen in der Reichstagsfraktion gestellt worden, an jenem Tage, wo hier die Eröffnung des Reichstages erfolgte. Inzwischen ist in der vorigen Woche die Notverordnung verurteilt worden, jene Notverordnung, die zwar für die Arbeiter und angehörige, riesige Gefahren bedeutet, die aber für die Werktätigen, für die Arbeiter, Belastungen schimmter Art bringt. (Sehr wahr! bei den Komm.) Belastungen, die für sie den absoluten Hunger, die Vernichtung ihrer Lebensgrundlage bedeuten. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Es ist nun vorgesehen, dem Herrn Reichsminister v. Papen hier die Gelegenheit zu geben — ich weiß nicht, über sein Wirtschaftsprogramm, über die Krisenmaße und über die Wirtschaftsankurbelung zu reden.

Wie sind der Meinung, daß das Schicksal der Arbeiterklasse es nicht zuläßt und es nicht duldet, daß hier auch nur ein Tag verstreicht, ehe nicht Stellung zu den Anträgen auf Aufhebung dieser Notverordnung vom 4. September genommen wird. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das Schicksal der Werktätigen kann nicht abgestellt werden auf jene Willkür der Regierung, den Reichstag aufzulösen, auf jene parlamentarischen Koalitionsverhandlungen zur Rettung der Demokratie und des Parlaments: früher nannte man so etwas „Kuhhandel“, nicht wahr, meine Herren Nationalsozialisten? (Beifall.) Das Schicksal der Arbeiterklasse vermag es nicht, daß ein solches Spiel mit ihren Lebensinteressen getrieben wird. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Erwerbelosenversammlung des Ortsausschusses Kamenz des ADGB

Für Solidarität mit den Textilarbeitern

Für den Kampf gegen Papens Notverordnung

In einer geschäftlichen Versammlung, in welcher ein Vertreter des Ortsausschusses des ADGB referierte, lagte die Opposition die einstimmige Annahme folgender Beschlüsse durch: „Die in Kamenz in der Besammlung des ADGB am 10. September Erwerbelosen protestieren ganz energisch gegen die Notverordnung Papens und werden den schärfsten Kampf zu ihrer Bekämpfung führen. Den kämpfenden Textilarbeitern sprechen die Versammelten ihre warmste Sympathie aus und legen ihnen jede materielle Unterstützung im Kampf gegen den Beharrnd zu.“

Sozialdemokratie hinter Papen

Ein demagogischer Aufruf des Parteivorstandes, der die Schuld der SPD-Führer an der Entwicklung zum Faschismus vertuschen soll

Berlin, 13. September. (Sig. Drahtbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei geht, mit demagogischen Nebenartikeln, durch die und durch die die Papenregierung und unterstützt die Durchführung der Papen-Notverordnung. Der Parteivorstand veröffentlicht gestern ein Extrablatt, in dem erklärt wird, die SPD solle sich auf Reichstagsfraktion nicht ein ... darüber was nun rechtsgültig ist ... Auf diese Weise unterstützt die SPD nicht nur den Standpunkt der Papenregierung, daß das Nichtvertrauensvotum, das beschlossen wurde, ungültig ist, sondern die SPD macht sich damit auch den Standpunkt der Papenregierung zu eigen, daß die Reichstagsauflösung auf Aufhebung der Notverordnung ungültig ist.

So rechtfertigt die SPD die Durchführung der Notverordnung, die die Papenregierung jetzt weiter vorgelegen ankündigt. Der Parteivorstand der SPD „Gegen die Notverordnung“ ist ein infamer Betrug. Der Antrag erkennt erstens jenen Teil der Notverordnung an, der den Kapitalisten Willkürmaßnahmen verleiht und zweitens werden die Notverordnungsmassnahmen wie Lohnabbau usw. sofort durchgeführt, während Volksbegehren und Volksentscheid überhaupt erst viele Monate später eingelegt werden könnten. Daß es der SPD darauf ankommt, die außer-

parlamentarische Gegenwehr der Arbeiter gegen die Notverordnungsmassnahmen zu verhindern, beweist auch der folgende Satz der Extraausgabe des Vorwärts:

„Das schaffende Volk ... kämpft mit dem Stimmzettel in der Hand gegen die Best der Nationalsozialisten und es geht mit der Waffe des Volksentscheides gegen die Regierung der sozialen Reaktion und ihre Attende an die sozialen Rechte des Volkes.“

Folgerichtig ergänzt die SPD diese Unterstützung Papens und seiner Notverordnung mit einer niederrichtlichen Hege gegen die Kommunisten. Und der SPD-Vorstand schreibt heute in einem demagogischen Aufruf:

„Die augenblickliche Macht der Papendiktatur ist nicht was das Wort der Nationalsozialisten allein. Schuler an Schuler mit ihnen haben die Kommunisten stets die Demokratie bekämpft und die Diktatur an ihre Stelle setzen wollen.“

Das ist die strapaziöse Demagogie des schamlosen Massenbetruges auf die Spitze getrieben. Dieselben Sozialdemokraten, die sich sofort nach Bekanntwerden der Auflösungsbeschlüsse der Papenregierung auf den neuen „Loben der gegebenen Tatsachen“ stellen und nach jeder Richtung hin vor Papen kapitalisierten, unterstützen den Kommunisten Hilfsobliegen für diese Regierung. Dieselben sozialdemokratischen Führer, die begeisterte Lobeshymnen auf entscheidende Teile der „Wirtschaftsnotverordnung“ gelungen haben, verteidigen die einzige Partei, die mit aller Konsequenz den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung in antisozialistischer Aktion organisiert. Und wieder spielen sie sich als die Staatsräuber der „Demokratie“ auf, die das wertvolle Deutschland zum Faschismus geführt hat. Aber ihre Schwindel-mascheur gleichen nicht mehr, in steigendem Maße begreifen auch die SPD-Arbeiter, wozu der Kurs ihrer Führer treibt und organisieren mit ihren kommunistischen Klassenpartnern außerhalb des Parlamentes den Kampf gegen den Faschismus.

Lohnabbau durch Streik abgewehrt

Die Kron-Werke in Schwabmünd haben die Forderungen der streikenden Metallarbeiter erfüllt. Diese Tatsache ist ein neuer Beweis dafür, daß die Anwendung der Streikwaffe Erfolge im Kampf gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmener bringt.

Auf ein halbes Jahr verboten

Der Berliner Parteivorstand hat die Zeitung „Die rote Arbeiterfront“ mit sofortiger Wirkung auf ein halbes Jahr, bis zum 1. März 1933, verboten. Das Verbot wird mit einem Urteil „Organisierter Kampf gegen Klassenjustiz“ begründet. Es betrifft den Parteikampf für die Freiheit der kommunistischen Partei.

Berlin, 7. Sept. (Sig. Drahtb.)

Am 12. Juli wurde in Berlin-Großschöneberg eine Gruppe Arbeiter, die von einer großen zentralen Demonstration der kommunistischen Partei beimetzten, von Nazis plüßlich abgefaßt. Die Arbeiter Brandt und Gode wurden erfaßt. Keine Mitleide des Tatortes hand daran gehen der Nazi-Diktatur vor dem Berliner Sondergericht. Es wurde freigesprochen.

Achtung! Antifaschisten!

Organisiert überall mächtige Kundgebungen gegen den Faschismus!

Males antisozialistischer Boykottaufruf in Chemnitz wurde verboten. Die Reaktion, die die Nazis und die Stahlhelmer aufmarschieren läßt, verhindert den wichtigen Aufzug der Antifaschisten, weil sie die Wirkungen eines gewaltigen Einheitsfrontaufrufes im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus und den Nazimordterror auf die wertvollen Massen stützt.

Der Aufruf der Antifaschistischen Aktion soll der gesamten arbeitenden Bevölkerung zeigen, daß die Massenbewegung der Antifaschisten von Einheitsfront bis zur gewaltigen Front im Kampf der Massen ist.

Ein solch gewaltige Massenbewegung gegen den Hungerstreik der Antifaschisten soll verhindert werden.

Die Papenregierung hat gestern eine Staatsoffensive, die Auflösung des Reichstages durchgeföhrt. Die Auflösung des Reichstages ist der Weg zu weiterer Verfestigung des sozialistischen Regimes. Die Absicht des Reichstagsauflösung hat weitere Notverordnungsmassnahmen an.

Die Antifaschistische Aktion hat den Arbeitermassen, daß das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse nicht im Parlament, sondern im Massenkampf am Arbeit, Sport, Freizeit im Betrieb, auf der Straße, in Massenveranstaltungen errungen wird.

Wie rufen alle Antifaschisten auf, am Sonntag, dem 12. September zu gewaltigen Massenveranstaltungen aufzumarschieren gegen den Faschismus, gegen die Staatsoffensive, zur Verfestigung des sozialistischen Regimes.

Für die Verfestigung des antisozialistischen Massenkampfes, für die Freiheit des Proletariats!

Rechtlichkeit in allen Betrieben Protestkundgebungen und Protestveranstaltungen! Bekämpft die Maßnahmen zur Entfaltung der Kampfe gegen den Lohnabbauaufruf. Bekämpft und verbietet die Solidaritätsaktionen zum Nutzen und zur Unterstützung aller Kampfmaßnahmen!

Alle Kundgebungen der Antifaschistischen Aktion mobilisieren für Sonntag, den 12. September, Massenveranstaltungen! Organisieren den Antifaschistischen Aktion.

Lohnabbau-Bewertung

Die Lohnabbau-Bewertung ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen den Faschismus. Die Arbeiter müssen sich bewusst sein, daß die Lohnabbau-Bewertung ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen den Faschismus ist. Die Arbeiter müssen sich bewusst sein, daß die Lohnabbau-Bewertung ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen den Faschismus ist.